

Juden, (z. B. des Thomas von Aquin, gemalt 1366–1368 von Andrea di Buonaiuti für den Kapitelsaal von Maria Novella, Florenz). Dazu gehört die Bestätigung der Tora durch Kaiser Heinrich VII. bei seinem Einzug in Rom, (Codex Balduini, um 1330, Koblenz, Staatsarchiv, Abs. 1 C Nr. 1) oder in Konstanz durch den neugewählten Papst Martin V., als Zeremonie, die für die Inthronisation des Papstes wichtig war, dargestellt in der Handschrift des Rosgartenmuseums, Konstanz, der Chronik des Ulrich Richental. Den Glauben der Christen bestätigen die Wunder, die sich an von Juden angeblich geschändeten Hostien oder von ihnen angeblich umgebrachten Kindern ereignen.

E. Spottbilder

Dieses Thema ist auch auf manchen Spottmedaillen dargestellt, wie sie seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts aufkommen. Zu den Spottmedaillen religiösen Inhaltes gehören auch die Taufmedaillen, die gewöhnlich Zweifel an der Aufrichtigkeit der Konversion zum Ausdruck bringen.

F. Legenden

Judendarstellungen finden sich auch in Legendenbildern wie der Legende von der Auffindung des Kreuzes. Erst der Neuzeit gehört der Legendentypus vom Ewigen Juden an. Er ist Gegenstand vieler Holzschnitte, im 19. Jahrhundert vor allem von Gustave Doré dargestellt und von Wilhelm Kaulbach in seinem Bild „Zerstörung Jerusalems“, Bayerische Staatsgemäldesammlungen.

Literatur:

J. Reider, *Jews in Medieval Art*, in ders.: *Essays on Antisemitism*, New York 1942, 1946; C. Roth, *Portraits and Caricatures of Medieval English Jews*, in ders.: *Essays and Portraits in Anglo Jewish History*, Philadelphia 1962, 22 ff.; A. Oepke, *Das neue Gottesvolk*, Gütersloh 1950; W. Seiffert, *Synagoge und Kirche im Mittelalter*, München 1964; B. Blumenkranz, *Juden und Judentum in der mittelalterlichen Kunst*; C. O. Nordström, *The Duke of Alba's Castilian Bible*, Uppsala 1967; A. Rubens, *A History of Jewish Costume*, London 1967; G. Schiller, *Ikono-graphie der christlichen Kunst*, Bd. 1 und 2, Gütersloh 1966 und 1968; B. Kirschner, *Deutsche Sportmedaillen auf Juden*, München 1968.

Bildhinweise:

Dirk Bouts: *Passahmahl* (Schiller, Bd. II, Abb. 103). – Schmerzensmann, Köln, Wallraf-Richartz-Museum (Schiller, Bd. II, Abb. 720). – Hildesheim, *Taufbecken* (Gertrud Schiller, Bd. I, Abb. 448). – *Juden belagern Glaubensburg* (Blumenkranz, Abb. 49, S. 43). – *Juden durchbohren Kreuzesbild* (Blumenkranz, Abb. 65, S. 54). – *Daniel Norsa und Familie* (Blumenkranz, Abb. 26, S. 27). – *Rathauspropheten*, Köln, Wallraf-Richartz-Museum (Monumenta Judaica. Handbuch, Beitrag, Peter Bloch, Abb. 132). Rembrandt, *Porträt eines Juden* (München, Alte Pinakothek).

9 Rundschau

1 Der Brand in der Al-Aksa-Moschee, August 1969

Zum *Vorgang des Brandes* am 21. 8. 1969 selbst bringen wir Ausführungen der „Herder-Korrespondenz“ sowie aus „Emuna“¹ „Notizen zum Brand“. Anmerkungsweise wird über das mittlerweile gegen den Brandstifter Rohan ergangene Urteil vom 30. Dezember 1969 berichtet. Eine Darstellung „der Reaktionen in der arabischen Welt“ und über „Die panislamische Konferenz in Rabat“ entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung ihrer Schriftleitung, leicht gekürzt, der „Herder-Korrespondenz“ Nr. 10 und 11 vom Oktober und November 1969. Sie enthält auch „Eine Stellungnahme des Papstes“ vom 1. 9. 1969. Den Wortlaut des *Telegramms von Papst Paul VI.* vom 21. 9. 1969 als Antwort auf die von König Hassan II. an den Papst gerichteten Botschaft vom 30. 9. 1969, dem Vorabend der islamischen

Konferenz, entnehmen wir dem „Osservatore Romano“. Es folgen *Erklärungen und Aufrufe israelischerseits und aus anderen Ländern*: Die offiziellen Erklärungen des israelischen Ministerpräsidenten, Frau Golda Meir, vom 21. 8. 1969 und des israelischen Außenministers Eban vom 24. 8. 1969, der Aufruf des israelischen „Interfaith Committee“ von Juden, Christen und Moslems sowie ein Kommentar aus dem „Christian Comment“ der „Jerusalem Post“ – der offenbar von der „Rainbow-Gruppe“ inspiriert ist –, ferner ein Aufruf der internationalen buddhistischen Vereinigung aus Colombo und Erklärungen verschiedener Kirchen und Vereinigungen zur christlich-jüdischen Begegnung aus mehreren Ländern.

I Der Brand am 21. August 1969

Die „Herder-Korrespondenz“ (23/10), Oktober 1969, S. 459 f., schreibt:

Am Morgen des 21. August 1969 zerstörte ein Brand das Innere der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem. Die Moschee ist auf dem Areal des Tempelplatzes gelegen, hat jedoch nicht

die gleiche Bedeutung wie die Omar-Moschee (der Felsendom), die im Mittelpunkt des gleichen Areals steht². Als Brandstifter wurde sehr bald nach der Tat der 28jährige Australier M. Rohan ermittelt. Rohan gehört einer fundamentalistischen christlichen Sekte an und lebte seit dem 24. 3. 1969 in Israel. Als Tatmotiv gab er an, daß das Kommen des Messias (in diesem Falle wohl die Parusie

¹ Entnommen (leicht gekürzt) aus: *Emuna* (IV/5), Oktober 1969, S. 355), mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung. (Alle Anmerkungen d. Red. d. FR.)

² Dem „Mitteilungsblatt des Irgun Olej Merkaz Europa“ (XXXVII/35), Tel Aviv, 29. 8. 1969, S. 7, entnehmen wir mit Genehmigung der Schriftleitung:

Die Moschee Al Aksa

Der Berg Moria, der neunhundert Jahre der Antike der Träger dreier aufeinanderfolgender jüdischer Tempelbauten war, hat in der heutigen Ausdehnung von 145 000 Quadratmetern noch immer den Umfang

und die Schutzmauern der Herodianischen Zeit. Dieser Heilige Platz bedeckt etwa ein Sechstel der gesamten Altstadtfläche von Jerusalem. Seine überhöhte zentrale Plattform wird seit dem Jahre 691 von dem durch Abd el-Malik, den Nachfolger Omars, in byzantinischem Kirchenstil errichteten „Felsendom“, irrtümlich als Omar-Moschee bekannt, geziert. Dieser großartige Bau war nicht zum Gebethaus der Moslems bestimmt, sondern zur Überdachung des Heiligen Felsens, auf dem vermutlich der Brandopferaltar des Herodianischen Tempels gestanden hat.

Als eigentliches Gotteshaus hingegen dient die um das Jahr 710 vom Kalifen al-Walid auf den Trümmern der Justinianischen Marienkirche

Christi) erst nach der Wiederaufbauung des Heiligtums erfolgen werde; mit der Brandlegung wollte er die Wiederaufbauung ermöglichen. Nach bisher vorliegenden Auskünften soll Rohan zwar an religiösen Wahnvorstellungen leiden, nicht aber eigentlich geistesgestört sein³. Nach neuesten Meldungen aus Jerusalem ist das Tatmotiv, wie es bisher dargestellt wurde, allerdings nicht mehr eindeutig...

Der Bezirk des Tempelplatzes wird ausschließlich von muslimischen Wächtern bewacht. Wie auch in der Grabeskirche wurde bis zur Besetzung der Jerusalemer Altstadt durch Israel im Jahre 1967 den Juden der Zutritt verboten. Eine muslimische Untersuchungskommission soll indessen klären, ob sich die Wächter der Moschee einer Pflichtverletzung schuldig machten, indem sie von Rohan Geldgeschenke annahmen. Die israelische Regierung erklärte sich sogleich nach dem Brand bereit, alles zu tun, um die Schäden zu beseitigen^{4/5}.

Notizen zum Brand der Al-Aksa-Moschee¹

Presse und Fernsehen haben ausführlich über den Brand der Al-Aksa-Moschee unterrichtet, den aller Wahrscheinlichkeit nach ein religiös überspannter christlicher Sektierer verschuldet hat.² Auch die Folgen dieser Katastrophe sind schon oft in Presse und Fernsehen erörtert worden. Aber einiges wurde dabei vergessen, übersehen oder nur am Rande erwähnt, das doch zu einem besseren Verständnis der Situation mitbedacht werden sollte. Wichtig ist zu vermerken, daß vor bereits einigen Jahren, noch in jordanischer Zeit, nach Mitteilungen des arabischen, ehemals jordanischen Feuerwehrkommandanten ein Brand ausbrach. Damals freilich wurde die Sache vertuscht, da man ja die Juden nicht beschuldigen konnte. Auch in der Grabeskirche brach vor einigen Jahren unter König Husseins Regime ein Brand aus. Der Christenheit ist es damals

über den herodianischen Unterbauten der Südseite des Tempelberges errichtete Moschee Al-Aksa, die „Ferme“, d. h. die von den zwei anderen Heiligtümern des Islam, in Mekka und Medina, am weitesten entfernte Moschee. Das Gebäude in seiner heutigen Form trägt im wesentlichen die Züge der Rekonstruktionen *Saladins*, also des 12. Jahrhunderts, hat aber, als Folge mancher Erdbeben, auch Herrscherwechsel, bis in die neueste Zeit immer wieder Veränderungen erfahren. Das Kernstück des Heiligtums bildete seit dem Mittelalter der Südteil, unter dessen Kuppel Saladin großartige Mosaiken auf Goldgrün und den schönen „*Michrab*“ (Gebetsnische in Richtung Mekka) anbringen ließ. Das kostbarste Geschenk des Sultans war aber der „*Minbar*“, die vier Meter hohe Ebenholzkanzel, eingelegt mit Elfenbein und Perlmuttern. Die in ihr eingefügte Inschrift sagt uns, daß die Kanzel im Jahre 1168 durch Jachja bin Hamid für den Sultan Nur Eddin von Damaskus angefertigt wurde. Auf Befehl Saladins wurde sie in die Aksa überführt. E. R.

³ Vom 31. 12. 1969 berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Nr. 302: „Brandstifter Rohan, eindeutig geisteskrank“. Kein Zweifel an der Täterschaft beim Brand der Al-Aksa-Moschee.

Jerusalem, 30. Dezember (UPI). Der 28 Jahre alte Australier Denis Michael Rohan, der am 21. August nach eigenem Geständnis die Al-Aksa-Moschee in Brand setzte, wird in eine Heilanstalt eingewiesen. Das Bezirksgericht von Jerusalem fand Rohan der Tat für schuldig. Der Vorsitzende Henry Baker erklärte aber gleichzeitig, Rohan sei „eindeutig geisteskrank“ und könne daher nicht bestraft werden.

Baker sagte in der Urteilsbegründung, es bestehe nicht der „Schatten eines Zweifels“, daß Rohan die Tat begangen habe... Außerdem sah das Gericht es als erwiesen an, daß Rohan am 11. August bereits einen Anschlag auf die Moschee versucht hatte.

Rohan hatte während des Verfahrens gegen ihn mehrfach beteuert, er habe den Brand auf Geheiß Gottes gelegt. Das Gericht kam zu dem Schluß, daß der Australier wegen seiner schweren Geisteskrankheit nicht imstande war, die Tragweite der Tat abzusehen. Es schloß sich der Auffassung des Verteidigers an, der vom Prozeßbeginn an auf Zurechnungsunfähigkeit seines Mandanten plädiert hatte. Der Staatsanwalt hatte Rohan für seine Tat für voll verantwortlich erklärt.

nicht eingefallen, die Araber oder Moslems zu beschuldigen. Vor der Untersuchungskommission unter Vorsitz eines Oberrichters, jetzt mit Ermittlungen über den Brand unabhängig von Polizeiermittlungen befaßt, sagte dieser Tage einer der moslemischen Moscheewächter – nebenbei gesagt Schuster von Beruf – aus, daß er nach Rohans Verlassen der Moschee und Entdeckung des Brandes sofort einen jüdischen Polizisten alarmierte und daß die Polizei innerhalb von acht Minuten die Feuerwehr zur Stelle hatte. Handlöschvorrichtungen an Ort und Stelle hätten nicht funktioniert. Die Moschee war gänzlich unter Obhut der moslemischen religiösen Behörden (Waqf), die es ablehnten, israelischen Polizisten oder auch nur Arabern in israelischen Polizeiuniformen die Bewachung anzuvertrauen. Das hat nicht wenig zu der fahrlässigen Bewachung und auch zur relativen Langsamkeit der Feuerbekämpfung beigetragen. Bekanntlich zerschnitten herbeigerannte Araber die Feuerwehrschläuche, um ihre Löscheimer zu füllen. Es hat den Anschein, daß Rohan die Moscheewächter durch ungemein großzügige Trinkgelder systematisch für sich gewann, so daß sie ihm Vertrauen zu schenken begannen und ihn zu allen denkbaren Zeiten außerhalb der offiziellen Besuchszeit in die Moschee einließen. Der Wachsamkeit eines jüdischen Aufsichtsbeamten an der Klagemauer ist es zuzuschreiben, daß Rohan letztendlich ausfindig gemacht werden konnte. Ihm war der seltsame blonde Fremde aufgefallen, der ganz offen einige Wochen vor dem Brand Araber auf dem Tempelplatz fragte, ob sie Feuer gesehen hätten. Es stellte sich später laut Rohans eigenem Geständnis heraus, daß er bereits einmal versuchte, die Moschee anzuzünden, was ihm aber nicht gelang. Sein Benehmen veranlaßte den jüdischen Aufseher, Eliahu Rachamim, den seltsamen Fremden nach Woher und Wohin zu fragen. Rohan wurde handgreiflich, was einen Anlaß gab, ihn auf die Polizeistation zu führen und seine Personalien aufzunehmen. Die moslemischen Wäch-

Wäre das Gericht ihm gefolgt, so hätte der Australier mit einer Gefängnisstrafe bis 44 Jahre rechnen müssen.

Richter Baker führte in der Urteilsbegründung aus, daß im Verlauf der Verhandlung das Gericht auch ohne die Gutachten der Psychiater zu dem Schluß gekommen wäre, daß dieser Mann geistesgestört sei. Rohan sei geradezu ein „wandelndes Beispiel“ für eine solche Krankheit. Die Psychiater hatten in dem Prozeß ausgesagt, daß Rohan auf Grund seiner gestörten Entwicklung an einer paranoiden Schizophrenie leide.

Nach der Urteilsverkündung, der Rohan wie ein unbeteiligter Zuschauer in seinem kugelsicheren Glaskasten gefolgt war, wurde der 28jährige unter scharfer Bewachung in einen Polizeiwagen geführt. Die Abfahrt erfolgte in einem Konvoi, zu dem auch ein mit einem Maschinengewehr ausgerüsteter Wagen der Grenzpolizei gehörte. Außerdem folgten acht Polizisten, die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, dem Wagen Rohans.

Der Gerichtsvorsitzende Baker erklärte in seiner Begründung ausdrücklich, daß der Spruch des Gerichts kein Freispruch sei, sondern „einem Schuldspruch gleichkommt“. Daraus ergebe sich, daß Rohan innerhalb der in Israel geltenden Frist von 45 Tagen gegen das Urteil Einspruch beim Obergericht erheben kann. Die Verteidigung hat erkennen lassen, daß sie einen solchen Schritt nicht beabsichtigt. Das Gericht ordnete die unmittelbare Überführung Rohans in eine Jerusalemer Heilanstalt an, wo er unter der Verantwortung des „Bezirkspsychiaters“ – also der Gesundheitsbehörde – stehen wird.

⁴ Vgl. Erklärung des israelischen Ministerpräsidenten Golda Meir vom 21. 8. 1969 und des Außenministers Eban vom 24. 8. 1969 (s. u. S. 64).

⁵ s. u. S. 61 Fortsetzung aus der „Herder-Korrespondenz“.

¹ Mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung ist dieser Beitrag von Alice Schwarz-Gardos entnommen aus: „Emuna“ (IV/5), Köln, Oktober 1969, S. 355 f. – (Sämtliche Anm. d. Red. d. FR.)

² S. o. Anm. 3.

ter trugen, sobald sie sich zur Kooperation mit der Israel-polizei entschlossen hatten, gleichfalls wesentlich zur Identifizierung Rohans bei. Sie gaben eine genaue Schilderung des seltsamen Mannes, der nach dem Brand übrigens weg-gelaufen war und dabei eine Strickjacke in Händen des verfolgenden Moscheewächters gelassen hatte. Trotzdem ist zu sagen, daß eine professionelle Bewachung des Heiligtums vielleicht den Brand hätte verhüten können; doch, wie gesagt, wollten die moslemischen Behörden hiervon nichts hören. Rohan hatte sich von Beginn an als Sonderling und religiöser Schwärmer gegeben [s. o. S. 60, Anm. 3].²

² Der in „Emuna“ folgende Abschnitt mit den sich darauf beziehenden Abbildungen muß aus Raumgründen hier entfallen. Er behandelt die Zerstörung jüdischer heiliger Stätten und Friedhöfe in der Jerusalemer Altstadt. (Vgl. „Emuna“ S. 355 f., Abb.: S. 322 f.) Über diese Zerstörungen jüdischer Synagogen und Friedhöfe s. FR XIX/1967. S. 42 f., S. 48.

II Die Reaktionen in der arabischen Welt ¹

Die Reaktion in der arabischen Welt war – verständlicherweise – äußerst heftig. Ohne daß man die Ergebnisse polizeilicher Untersuchungen abwartete, wurde die Nachricht verbreitet, daß die Brandlegung von der israelischen Regierung beschlossen und in ihrem Auftrag ausgeführt wurde, um auf diese Weise die Verdrängung der Araber aus der Altstadt zu beschleunigen. Diese Version, in verschiedenen Varianten wiedergegeben, wurde bis heute kaum widerrufen. (Ein Sprecher des ägyptischen Informationsministeriums erklärte einem ausländischen Journalisten gegenüber, daß es völlig gleichgültig sei, wie der Brand entstanden ist, das Verbrechen bestehe eben darin, daß ein muslimisches Heiligtum in einem von Israelis besetzten Gebiet liege.) Es wäre wohl falsch, anzunehmen, daß man hier in bewußter Verfälschung um jeden Preis den Juden ein Verbrechen zuschreiben möchte. Dies mag allein für die Überlegungen einiger Politiker zutreffen. Vielmehr scheint es so zu sein, daß „man“, nämlich die Masse der emotionell engagierten Muslimen, ein solches Verbrechen ganz einfach wünscht. Nur so ist es zu verstehen, daß arabische Kinder und Jugendliche in der Jerusalemer Altstadt die Feuerwehr angriffen und die Löschung des Brandes zu verhindern suchten [s. o. S. 60]. In der jüdischen Presse wurde wohl nicht zu Unrecht auf die Analogie zwischen der Verleumdungskampagne in den arabischen Staaten und früheren Ritualmordbeschuldigungen hingewiesen.

Für die arabischen Politiker schien der Brand eine außerordentliche Gelegenheit, nicht nur propagandistische, sondern auch moralische Reserven zu aktivieren. Der Krieg zwischen Israel, schon oft und immer wieder zum Heiligen Krieg erklärt, konnte nun eine noch stärkere Motivation erhalten: Befreiung der heiligen Stätten des Islams aus der Gewalt der Ungläubigen. Dieses Motiv spielte in der arabischen Propaganda schon lange vor dem Brand eine gewisse Rolle. Der Heilige Krieg, in den letzten Jahrzehnten zu einer immer wieder mißbrauchten, aber doch völlig stumpfen Waffe geworden, schien aktuell zu werden. Selbst Staatspräsident *Burgiba* von Tunesien, der die Konferenzen der Arabischen Liga boykottiert, weil diese Institution ausschließlich ägyptischen Interessen dient, entsandte seinen Außenminister zu einer schnell einberufenen Konferenz am 22. August nach Kairo.

Im Anschluß an diese Konferenz konnte König *Feisal* von Saudi-Arabien einen alten Plan, die Einberufung einer

muslimischen Gipfelkonferenz, auf der alle muslimischen Staaten geeignete Maßnahmen gegen Israel beschließen und dann den Heiligen Krieg in die Tat umsetzen sollten, wenigstens zum Teil verwirklicht sehen: *Nasser*, der sich bisher einer solchen Konferenz immer wieder widersetzt hatte, weil sie Feisals Position als Hüter der heiligen Stätten in Arabien stärken würde, stimmte ihr wenigstens dem Scheine nach zu.

Die sehr kühle und sachliche Behandlung des Vorfalles in Israel, die schnelle Festnahme des Täters, hat dieser Bewegung allerdings ihren Impakt genommen . . .

Eine Stellungnahme des Papstes in der allgemeinen Audienz vom 1. 9. 1969:

Auf Seiten der Araber wurde wenigstens in den ersten Tagen nach dem Brand eine Stellungnahme auch der Kirchen erwartet, meinte man doch im Ernst, daß die heiligen Stätten wirklich bedroht seien. Auf das Schweigen der Kirchen war man eigentlich nicht gefaßt. So erklärte ein Sprecher des El-Fatah auf einer Pressekonferenz in Amman: Wenn der Papst von uns erwartet, daß wir in Zukunft auf ihn hören, dann möge er uns jetzt seine Stimme hören lassen, es sei denn, daß er dem zionistischen Druck erlegen ist (AP-Meldung vom 28. 8. 1969).

Der Papst hat zwar nicht dem El-Fatah geantwortet, sprach aber am 1. September vor Gläubigen, die sich im Hof seiner Residenz in Castel Gandolfo versammelt hatten, über den Brand. Der Papst sagte, daß sich seine Sorge an diesem Tage in besonderer Weise dem Mittleren Osten zuwende, den Ländern, die mit der Geschichte der Zivilisation und des Christentums verbunden seien. Diese Länder befänden sich in einem Zustand der Spannung und des Konfliktes. Bei der Betrachtung der Ereignisse dieser Tage erhalte er den Eindruck, daß sich unter bestimmten Aspekten die furchtbaren Symptome erneuern, welche vor dreißig Jahren dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vorangegangen seien. „Wir möchten Regierungen und Völker beschwören, wie es bereits Pius XII. in jenem Moment getan hat . . ., jede nur mögliche Anstrengung zu unternehmen, um, solange es noch Zeit ist, die ersten unvorsichtigen Akte zu vermeiden, welche schließlich auf die tragischen Wege neuer Kriege führen . . .“ Zu dem Brand in der Al-Aksa-Moschee sagte der Papst: Ein neuer Vorfall, „den wir zutiefst bedauern, fügte sich in diesen Tagen zu der schmerzhaften Reihe der Verstörungen in diesem Gebiet. Es ist dies der Brand, der die Al-Aksa-Moschee in der heiligen Stadt Jerusalem beschädigt, wo sich die heiligen Stätten der drei großen monotheistischen Religionen befinden. Die Tat traf dieses Mal die religiösen Gefühle der Muselmanen . . . Wir verstehen ihren Gram, aber wir wünschen, daß dies nicht die bereits gespannte und schwierige Situation im Mittleren Osten verschlechtere, und wir wünschen, daß dies nicht zu weiteren Gewalttaten führe, zu noch heftigerem Haß . . . Deshalb müssen wir trotz allem hoffen, beten . . ., die Religion darf kein Grund zu noch tieferer Spaltung und zu noch heftigerem Haß werden.“ Der Glaube an Gott, der den beteiligten Parteien gemeinsam ist, sollte, so ermahnte Papst Paul VI., vielmehr ein Element der Mäßigung und ein Motiv des gegenseitigen Verstehens und Achters sein (vgl. „Osservatore Romano“, 3. 9. 1969).

Die panislamische Konferenz in Rabat ²

Die von der Arabischen Liga einberufene „panislamische Konferenz“ fand vom 22. bis 24. September 1969 in

¹ Herder-Korrespondenz (23/10) S. 459 ff.

² a. O. Nr. 11. November 1969. S. 511 ff.

Rabat (Marokko) statt. Der unmittelbare Anlaß war der Brand der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem. Als eigentliche Initiatoren der Konferenz gelten König Feisal von Arabien und König Hassan II. von Marokko. Feisal hat diese Konferenz gegen die Absicht der „progressiven“ arabisch-sozialistischen Staaten durchgesetzt. Daß diese ihr überhaupt zustimmten, ist nur so zu verstehen, daß wenigstens einige von ihnen auf verstärkte diplomatische Hilfe der nichtarabischen muslimischen Staaten hofften. Das bloße Stattfinden der Konferenz wurde von König Hassan II. ein Wunder genannt. Selbst die laizistische Türkei schickte einen Vertreter, und der Schah von Persien – beide Staaten haben Israel anerkannt – erschien persönlich neben zehn anderen muslimischen Staatsoberhäuptern. Das Ereignis kann allerdings auch durch rationale Gründe erklärt werden. Der Moscheebrand hat zweifellos viele Muslimen erregt. Durch die Teilnahme an der Konferenz können sich gerade jene muslimischen Regierungen salivieren, die diplomatische oder gar Handelsbeziehungen zu Israel unterhalten. Daß die laizistische Türkei einen Vertreter entsandte, war ein Zugeständnis an jenen Teil der Bevölkerung, der die Laizisierung auch heute noch nicht verschmerzt hat. Der Schah von Persien wiederum kam, um die arabischen Monarchen zu unterstützen und Nassers Position zu schwächen. Nasser konnte sich durch Krankheit entschuldigen – er hätte schlecht zwischen Feisal und den Schah gepaßt. Syrien und der Irak sagten ab – sie versprachen sich nichts von der Konferenz.

Eine Absage an die Progressiven war auch der Umstand, daß kein Vertreter der Palästinenser geladen wurde, nur Vertreter von Staaten sollten teilnehmen. Auf Drängen der Araber wurde einem Vertreter der palästinensischen Befreiungsfront (*El-Fatah*) gestattet, der Konferenz die Forderungen dieser Organisation vorzutragen. Pakistan bestand schließlich darauf, keinen Vertreter Indiens zu laden, ein Land, in dem immerhin 60 Millionen Muslimen leben und das sich durch seine Beziehungen zu Ägypten reichlich Verdienste um die arabische Sache erworben hat.¹

Die Beschlüsse

In der Tat kam die Konferenz vor allem aus zwei Gründen zustande: Sie wurde gegen den Widerstand Ägyptens schnell einberufen, und man verzichtete auf eine Tagesordnung. Die Teilnehmer wurden lediglich eingeladen, um über den Brand der Al-Aksa-Moschee und über Jerusalem zu debattieren („Le Monde“, 23. 9. 1969). Die Israelfrage war in der Einladung also ausgeklammert. Sie kam dann zwar doch auf die in Rabat ausgehandelte Tagesordnung²; doch wurde dort z. B. der Vorschlag Libyens, von den Teilnehmern den Abbruch der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zu Israel zu verlangen, nicht aufgenommen. Keiner der hiervon betroffenen Staaten wäre dazu bereit gewesen.

¹ Aus dem „Osservatore Romano“ CIX/221. Rom, 25. 9. 1969: „... Im Verlauf der vormittägigen Sitzung [23. 9. 1969], die sich wie die am Abend hinter verschlossenen Türen abspielte, wurde das Begehren der indischen Delegation auf Zulassung zur Konferenz als Mitglied mit vollen Rechten angenommen. Dieser Antrag war den Delegierten Pakistans offenbar nicht willkommen. Vielleicht erkannten sie, daß man die Teilnahme eines großen asiatischen Landes, in dem ungefähr 65 Millionen Menschen leben, nicht bestreiten kann...“

² a. a. O.: Der aus dem Italienischen übertragene Text lautet: „Tagesordnung“, erläutert vom Außenminister Marokkos, Rabat, 25. 9. [1969]: Der Außenminister von Marokko, *Hamed Laraki*, der offizielle Sprecher bei der Konferenz der islamischen Länder, die seit zwei Tagen in Rabat stattfindet, hat am Ende der gestern abend [23. 9. 1969] abgeschlossenen ersten Plenarsitzung die Tagesordnung der Konferenz

Der *El-Fatah* forderte auf der Konferenz nicht nur die volle Unterstützung und Anerkennung seiner Organisation, sondern auch das Recht, in allen muslimischen Staaten Informations- und Werbebüros zu unterhalten. Daß eine solche Forderung auf taube Ohren stieß, versteht sich bei nahe von selbst, denn diese Organisation versteht sich in jeder Hinsicht als revolutionär.

Die arabischen Staaten sind mit ihren extremen Forderungen nicht durchgedrungen. Die Konferenz zeichnete sich vor allem durch ihre Mäßigung aus. Vom Heiligen Krieg war nicht mehr die Rede – man hatte inzwischen bemerkt, daß diese Vokabel wenig Anklang fand. König Hassan II. von Marokko kritisierte sogar die Fanatiker (und zugleich die Reaktion Ägyptens auf das magere Konferenzergebnis), deren sinnloses Gerede niemandem nütze. Welchen praktischen Wert die Schlußresolution hat, auf die sich die Konferenz schließlich einigte, vermögen selbst Kenner nicht zu evaluieren. Prima facie scheint die Resolution ein Erfolg der Araber zu sein: Die Großmächte werden aufgerufen, ihre Bemühungen um den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den im Juni 1967 besetzten Gebieten zu intensivieren. Die Konferenzteilnehmer wollen jede Lösung des Palästinaproblems verwerfen, welche Jerusalem nicht den Status zurückgebe, den es vor dem Junikrieg gehabt habe. Sie bekunden die tiefe Verbundenheit der Muslimen mit Jerusalem, woraus sich für die muslimischen Regierungen die Entschlossenheit ergebe, für die Befreiung Jerusalems zu kämpfen. Sie sichern dem palästinensischen Volk ihre volle Unterstützung für die Wiedererlangung seiner Rechte und die nationale Befreiung zu.

Dies ist zweifellos mehr, als man nach dem Beginn der Konferenz hätte erwarten dürfen. Ob dies allerdings mehr als eine wohlwollende Deklaration ist, vermag niemand zu sagen – zu viele einander widersprechende Interessen waren auf diesem Kongreß vertreten. Das gleiche gilt für die Frage, ob diese Konferenz, die sich als muslimisches Gipfeltreffen bezeichnete, überhaupt einen Sinn hatte. Es wurde ein ständiges Sekretariat eingerichtet, und man beschloß, wieder zusammenzutreten, um die Belange des Islams wahrzunehmen. Von Panislamismus war nicht die Rede. Aber ernsthafte Arbeit einer solchen Konferenz paßt nicht in das Konzept der „progressiven“ arabischen Staaten und der Sowjetunion – konservative Tendenzen dürften hier das Übergewicht haben. (Feisal von Arabien nannte zwei Feinde des Islams: den Zionismus und den Kommunismus.)

Brückenschlag zu den Kirchen?

Durch die Abhaltung der muslimischen Gipfelkonferenz sollten die nichtarabischen muslimischen Staaten mittels der heiligen Stätten in Jerusalem in den Israelkonflikt

mitgeteilt, die folgende Punkte umfaßt: Brand der Al Aksa (Jerusalem), Lage Jerusalems, Rückzug aller israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten, Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes und dessen Unterstützung im Kampf für die nationale Befreiung durch die islamischen Länder, Annahme der von der Konferenz zu treffenden Entscheidungen und Datum und Sitz der in Aussicht genommenen Konferenz der Außenminister ebendieser Länder, die Zusammenarbeit unter den moslemischen Ländern, die Annahme einer gemeinsamen Stellungnahme zu allen diesen Problemen. – Die Delegierten des Sudan, Libyens, des Tschad, Guineas, des Jemen, Indiens, Tunesiens, Mauretaniens, Malis, des Senegal, Malaysias, Afghanistans, des Mittleren Jemen, der Türkei und des Iran – so berichtete der Minister – haben ihre Gesichtspunkte über den Brand und über die Lage Jerusalems und des Mittleren Ostens dargelegt... [Anm. d. Red. d. FR.]

verwickelt werden. Dabei ist es nicht geblieben. Vom ersten Tag an hoffte man in den arabischen Staaten, daß das „Sakrileg der Israelis“ auch eine Reaktion der Kirchen hervorrufen würde. Daß dies nicht geschehen ist, hat zunächst enttäuscht, aber keineswegs entmutigt, und man hat unterdessen neue Versuche unternommen, die Kirchen in dieser Sache zu engagieren. Der Staatspräsident des Libanon, Ch. Helou, maronitischer Christ, sollte in Rabat nicht nur für die Muslimen, sondern auch für die Christen des Libanon sprechen und anschließend im Vatikan die Ergebnisse der Konferenz unterbreiten. Der maronitische Kardinal Meouchi soll ein christlich-muslimisches Treffen wegen der heiligen Stätten vorbereiten.

Im gleichen Zusammenhang sind neue Annäherungsversuche muslimischer Würdenträger zu verstehen. Die Al-Azhar-Universität (die schon seit langem nichts unternimmt, was der ägyptischen Regierung nicht genehm ist) entdeckte, daß der Platz der Muslimen im ökumenischen Gespräch leer geblieben ist, während doch die Juden daran teilhaben, und bestimmte zwei Gelehrte, *Mahmud Haballah* in Washington D. C. und *Muhammed Abdul Rauf* in New York als Repräsentanten (NC, 25. 9. 1969). Das Angebot der Teilnahme an einem christlich-muslimischen Gespräch müßte unter anderen Umständen als ein Ereignis von religionsgeschichtlicher Tragweite gewertet werden. So wie es jetzt erfolgt, ist es vielleicht nicht mehr als ein Manöver – eben ein Versuch, die Kirchen im Israelkonflikt zu implizieren.

In eben diesem Kontext ist es zu verstehen, daß sich König Hassan II. aus Anlaß der panislamischen Konferenz mit einem Schreiben an den Papst wandte und darin zum Ausdruck brachte, daß die Teilnehmer der Konferenz allein von der Sorge um den Frieden und um die heiligen Stätten der monotheistischen Religionen in Jerusalem bewegt würden . . .

In der [unten folgenden] Antwort des Papstes wird das Problem auf seinen Kern zurückgeführt: Es gibt in Jerusalem heilige Stätten, die wegen ihrer besonderen Bedeutung auch eines besonderen Schutzes bedürfen. Es dürfte zwar kaum möglich sein, Repräsentanten der drei Religionen zu finden – denn wer sollte die Kirchen, wer das Judentum repräsentieren? –, aber die israelische Regierung hat wiederholt versichert, daß sie bereit ist, den heiligen Stätten einen besonderen Status zuzuerkennen, wobei an eine Exterritorialität zu denken ist, die der diplomatischen Vertretungen ähnelt.³ Wie es scheint, sind in dieser Angelegenheit bereits die ersten Kontakte aufgenommen worden. Am 6. Oktober empfing Papst Paul VI. den israelischen Außenminister *Abba Eban* in Privataudienz. Dieser Besuch ist im Zusammenhang mit den Bemühungen des Papstes im Nahost-Konflikt zu verstehen. In einer Verlautbarung des vatikanischen Presseamtes heißt es, daß über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts, des Problems der Palästinaflüchtlinge und des Status der heiligen Stätten gesprochen worden sei. Papst Paul VI. habe dabei erneut bekräftigt, daß die Einstellung des Heiligen Stuhles einzig an den religiösen Motiven und an den christlichen Idealen der Humanität und der Liebe orientiert sei [s. o. S. 17].

Dieser Verlauf der Bemühungen des Papstes hat wenigstens in Ägypten, sicherlich aber auch in anderen arabischen Staaten sehr negative Reaktionen hervorgerufen; schließlich hatte man in der Frage der heiligen Stätten auf ein

muslimisch-christliches Zusammengehen gerechnet. In fast peinlicher Weise verlangte der außenpolitische Berater Nassers, *Fawsi*, vom Apostolischen Pronuntius in Kairo Aufklärung über den Verlauf des Gesprächs zwischen Papst Paul VI. und Abba Eban (obgleich ein sehr ausführliches Kommuniqué veröffentlicht wurde [s. o. S. 17]) und ließ es offenbar auch nicht an indirekten Drohungen gegen die Christen in Ägypten fehlen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 10. 1969). In der ägyptischen Außenpolitik sind zwar solche spontanen selbstdecouvrierenden Akte nicht gerade selten, es ist aber der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß man in Kairo das sich anbahnende Gespräch zwischen Hassan II. und Papst Paul VI. unmöglich machen will, um die Ineffizienz der muslimischen Weltkonferenz unter Beweis zu stellen.

III Papst Paul VI. an König Hassan II. von Marokko

Dem „Osservatore Romano“ vom 30. 9. 1969 entnehmen wir den nachfolgenden Wortlaut des Telegramms von Papst Paul VI. vom 21. 9. 1969 und geben ihn aus dem französischen Originaltext, den Vorspruch aus dem Italienischen in Übersetzung wieder.

Am Samstag, dem 20. September [1969], empfing der Heilige Vater in Privataudienz den ständigen Vertreter Marokkos bei den Vereinten Nationen, Ahmed Taibi Benhima. Der marokkanische Diplomat überbrachte eine Botschaft König Hassans II. Am Vorabend der Islamischen Konferenz, die bekanntlich vom 22. bis 24. September [1969] in Rabat stattfand, hatte der König von Marokko den Wunsch geäußert, dem Heiligen Vater die feste und aufrichtige Entschlossenheit für die Sache des Friedens aller derjenigen zu versichern, von der alle erfüllt waren, die die Zusammenkunft in Rabat veranstalten wollten, um – ihren eigenen Worten zufolge – das Gefühl geistiger Verantwortung für die heiligen Stätten in Jerusalem, die doch den Anhängern der drei großen monotheistischen Religionen in gleicher Weise heilig sind, noch lebhafter und wirksamer als bisher zum Ausdruck zu bringen. Der Heilige Vater antwortete mit der folgenden Botschaft, die von König Hassan II. während der Eröffnungskonferenz persönlich verlesen wurde:

An Seine Majestät König Hassan II. von Marokko

Am Vorabend der Konferenz, die in Rabat zahlreiche mohammedanische Staatsmänner vereinigen wird, haben Euer Majestät Uns die Ehre erwiesen, einen persönlichen Botschafter zu Uns zu senden. Für diese hochherzige Geste danken Wir herzlich, und Wir nehmen diese Gelegenheit gerne zum Anlaß, um Unseren Gefühlen, die Wir in Anbetracht Unserer hohen Mission für den Frieden und die Versöhnung in der Welt hegen, abermals Ausdruck zu verleihen.

Wir legen großen Wert darauf, gegenüber Eurer Majestät hervorzuheben, daß Wir große Freude empfinden wegen der Zusicherungen, die Uns Ihr Botschafter überbrachte, daß die sich in Rabat versammelnden Persönlichkeiten edle Absichten zu verwirklichen gedenken. Wir würdigen insbesondere die Vorschläge der Konferenzteilnehmer im Hinblick auf eine Regelung des schmerzlichen Konfliktes, der Anlaß zu dieser Zusammenkunft ist, um, im Glauben an Gott erfüllt, in der gegenwärtigen Lage eine Lösung im Geiste der Gerechtigkeit und der Ehre zu finden.

Wenn, in der Tat, die Zuflucht zur Gewalt immer beklagenswert ist, so gibt es doch wohl auf der ganzen Erde keinen einzigen Ort, wo dies Gott gegenüber eine größere Beleidigung wäre als auf dem geheiligten Boden Palä-

³ Vgl. FR XIX/1967. S. 49.

stinas, an den sich in besonderem Maße die Erinnerungen der drei großen religiösen Gruppen knüpfen und wo die Heiligtümer derjenigen Gläubigen stehen, die das Bekenntnis an den einen und barmherzigen Gott eint.

Wir meinen daher, daß die Vertreter der drei monotheistischen Religionen sich die Hand reichen und den einzigartigen und geheiligten Charakter der heiligen Stätten und im besonderen der Stadt Jerusalem erkennen sollten. Die Berufung auf das religiöse Gefühl, das weit entfernt ist, Zwietracht zu säen, muß sich als ein Band der Einheit erweisen, das es ermöglicht, politische oder militärische Gegensätze zu überwinden und zur Verständigung und zum Frieden zu führen. Auf diese Weise könnte vielleicht ein so beklagenswerter Zwischenfall wie der Brand der Al-Aksa-Moschee – insofern, als er religiöse Gefühle wecken hilft – dazu dienen, alles erdenklich Mögliche zu tun, um den einzigartigen und geheiligten Charakter Jerusalems zu sichern und die Suche zu einer Lösung zu erleichtern, die Gott und den heiligen Stätten Ehre erweist und allen Menschen die so sehr ersehnte Verständigung und den Frieden sichert.

Diesen Wunsch sprechen Wir vor Gott aus, und Wir sind beglückt von dem Gedanken, daß Unsere Absichten hierin im Einklang mit denen Eurer Majestät stehen. Von ganzem Herzen rufen Wir auf Euer Majestät und auf alle Teilnehmer der bedeutenden Konferenz von Rabat den Segen des allmächtigen Gottes herab.

Aus dem Vatikan, am 21. September 1969.

Paulus PP. VI.

IV Erklärungen und Aufrufe in Israel und anderen Ländern

A Israelische Äußerungen

1 Erklärung von Golda Meir, Ministerpräsident des Staates Israel, vom Tage des Brandes in der Al-Aksa-Moschee, 21. 8. 1969¹

Sogleich nach Bekanntwerden des Brandes in der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, der inzwischen gelöscht werden konnte, erklärte Ministerpräsident Golda Meir: „Ich vernahm mit Erschütterung und Anteilnahme, daß heute morgen um 7.30 Uhr ein Feuer in der Al-Aksa-Moschee ausbrach. Die Feuerwehren, die sogleich herbeigerufen wurden, unternahmen alle Anstrengungen, um das Feuer zu löschen. Das Brandgebiet wurde abgeriegelt, um jedwede Behinderung der Löscharbeiten zu vermeiden.

Die Regierung wird eine Kommission ernennen, um unverzüglich die Ursache des Brandes festzustellen. Der Bericht dieser Kommission wird veröffentlicht werden. Eine andere Kommission soll den Umfang des Schadens und die Erfordernisse für die Wiederherstellung der Moschee festsetzen.

Sogleich nach Bekanntwerden des Feuers trat die israelische Regierung zu einer Sondersitzung zusammen. Im Namen der Regierung spreche ich das tiefste Bedauern über den Ausbruch des Feuers in einer heiligen Stätte des Islams aus.“

¹ In: Mitteilung der Botschaft des Staates Israel. Presseabteilung (Nr. 31 vom 21. 8. 1969).

2 Die Erklärung des Außenministers Abba Eban¹

Der Außenminister Israels, Abba Eban, gab auf einer Pressekonferenz in Jerusalem am 24. August 1969 die folgende Erklärung zu dem Brand der Al-Aksa-Moschee ab:

„Es muß alles unternommen werden, um die Moschee so

¹ In: Israel Bulletin (4/23), Bad Godesberg, September 1969.

schnell als möglich in ihrem vollen Glanz wiederherzustellen, und natürlich muß auch das Recht seinen Lauf nehmen. Sobald die Nachricht über das Feuer bekannt wurde, veröffentlichte Ministerpräsident Golda Meir eine Erklärung [s. o.], und später trat die Regierung zu einer Sondersitzung zusammen, um ihre Erschütterung über die Untat zum Ausdruck zu bringen. Sie beschloß, unverzüglich eine Untersuchungskommission im Einklang mit dem israelischen Gesetz einzusetzen und die Behörden zu beauftragen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Ursachen des Feuers aufzudecken. Die Polizei hat diese Nachforschung tatkräftig betrieben, und ihr Ergebnis ist bereits sub judice. Unsere durch ihre Unabhängigkeit in aller Welt anerkannte Justiz wird das erforderliche Licht in die Affäre bringen². Da unsere eigenen Rechts-traditionen in einem besonderen Maße die Tätigkeit der Gerichte respektieren, versage ich es mir, irgendeinen Kommentar in diesem Zusammenhange zu geben.

Der Schutz der heiligen Stätten

Ich möchte jedoch ein wenig in die jüngste Geschichte zurückgreifen, um die Politik der Regierung Israels hinsichtlich der Immunität und des Schutzes der heiligen Stätten klarzulegen. Am 27. Juni 1967 traf der damalige Ministerpräsident Levi Eschkol mit den Spitzen der Religionsgemeinschaften in Jerusalem zusammen und gab ihnen die diesbezüglichen Richtlinien bekannt, die auch veröffentlicht wurden und die bestimmten, daß Regelungen hinsichtlich der Klagemauer von den Oberrabbinern Israels, hinsichtlich der heiligen Stätten des Islams vom Mohammedanischen Rat und hinsichtlich der heiligen Stätten der Christenheit vom Christlichen Rat getroffen werden sollen³.

Am 27. Juni 1969 wiederholte Ministerpräsident Eschkol in einer Zusammenkunft mit religiösen Würdenträgern diese Richtlinien und führte aus: „Ich möchte unsere Absicht unterstreichen, die interne Verwaltung der heiligen Stätten in die Hände der religiösen Führer der Gemeinden zu legen, denen sie heilig sind.“ Das ist der Grund, warum ein solches Maß von Autonomie in der Administration und dem Schutze der heiligen Stätten bestand und besteht, und tatsächlich übte die autoritative mohammedanische Behörde, die Waqf-Organisation, die volle Kontrolle über alles, einschließlich der Erhaltung der Sicherheit und der Eintrittsbestimmungen, aus.

Ich erkläre nochmals, daß die Regierung Israels alles in ihrer Macht Liegende unternehmen wird, um den zuständigen mohammedanischen Behörden bei der vollen Wiederherstellung der Moschee zu helfen. Das heißt, daß wir die Ankunft und Zulassung von Experten, Architekten und anderen erforderlichen Kräften ermöglichen werden, die bei den Reparaturarbeiten behilflich sein können. Wir werden dabei keine Rücksicht auf Religion, Nation oder das Wohnland derjenigen nehmen, deren Hilfe erforderlich ist.

Rückkehr ins Mittelalter

Von den arabischen Regierungen wurde ein Verbrechen im internationalen Maßstab begangen, weil sie, anstatt sich der Erschütterung und dem Kummer der Menschheit und der Hoffnung, daß der Schaden wiedergutmacht werden könne, anzuschließen, den Versuch unternahmen, politische Vorteile durch eine Kampagne zu gewinnen, die sehr wenig Parallelen in unserer Epoche hat. Alle Anklagen, alle Versuche, Israel die Verantwortung für den

² S. o. S. 60.

³ Vgl. FR XIX/1967, S. 44.

Brand aufzubürden, führen in das finsterste Mittelalter zurück. Wir haben es hier mit einer klaren Verletzung des ökumenischen Geistes zu tun, der vorherrschen müßte, mit einer politischen Ausbeutung, die Israel im Bewußtsein seiner vollkommenen Rechtschaffenheit in dieser Angelegenheit entschieden zurückweist. Neben der Verfolgung der Untat auf der juristischen Ebene müßte die Weltöffentlichkeit diese Ausbeutung eines Verbrechens verurteilen, das am kulturellen Erbe der Menschheit begangen wurde und das uns alle in einer universellen Solidarität vereinigen sollte.

Gegen religiöse Verhetzung

Es gab schon einmal im Jahre 1949 an dieser heiligen Stätte einen Brand, anscheinend unter anderen Umständen als diesmal, aber es wurde damals nichts unternommen, um den Brand als Ausgangspunkt für eine Kampagne zu mißbrauchen, wie sie heute besonders von der jordanischen und ägyptischen Regierung betrieben wird. Präsident Nassers Reaktion war schnell zur Stelle: daß die einzige Antwort auf den Brand Gewalt sein müsse. Seine Antwort heißt nicht Frieden, nicht Verständigung, nicht Liebe für das menschliche Erbgut – seine Antwort lautet: Gewalt, Blutvergießen. Wir haben hier zwei verschiedene Ebenen vor uns. Auf der einen wird die Justiz vor den Augen der ganzen Welt in angemessener Weise wirken, und jeder Interessent in aller Welt ist eingeladen, dabei Zuschauer zu sein. Aber es besteht auch die Notwendigkeit, daß das menschliche Gewissen ein Urteil über alle jene fällen soll, die versuchten, diese betrübliche Affäre zur Aufreizung und zum Haß auszubeuten. Glücklicherweise haben die nichtarabischen mohammedanischen Länder eine von Jordanien und Ägypten verschiedene Haltung eingenommen, die von der wahren Sorge über den Schaden und dem Versprechen getragen wird, alles in ihren Kräften Mögliche zur Wiederherstellung der Moschee beizutragen. Ich beziehe mich hier besonders auf die Ankündigungen des Schahs von Persien und des Ministerpräsidenten der Türkei. Aus ihren Erklärungen sprach nichts anderes als die Sorge um den Verlust und das Versprechen ihrer Regierungen, im Rahmen der mohammedanischen Solidarität und des internationalen Gewissens alles für die Reparatur des Schadens zu tun. Wir hoffen, daß diese Regierungen ihren vollen Einfluß zum Einsatz bringen werden, um der Ausbreitung der religiösen Verhetzung vorzubeugen. Wir hoffen, daß überall Männer des Glaubens, Christen, Mohammedaner und Juden, sich zusammentun werden, um gemeinsam den ökumenischen Geist wiederherzustellen, unter dem allein Ereignisse wie der Brand der Moschee bedacht werden sollten.“⁴

⁴ S. u. r., s. S. 66.

*3 Das israelische Interfaith Committee: Juden – Moslems – Christen*¹

Der „Christliche Kommentar“ der „Jerusalem Post“ vom 26. 9. 1969 schreibt dazu:

Ein berühmter mittelalterlicher Holzschnitt, der Jerusalem als Mittelpunkt der Welt zeigt, ist häufig reproduziert worden. Von dem Maß der Aufmerksamkeit, die sich auf Jerusalem als Brennpunkt richtet, könnte es scheinen, daß dieser Begriff: Zentrum der Welt, ideologisch und theologisch – wenn auch nicht geographisch – berechtigt ist. Das Al-Aksa-Feuer wurde unglücklicherweise ausgebeutet, doch besteht kein Zweifel, daß die israelischen Behörden alles erdenkbar Mögliche getan haben, um die Sache aufzuklären. Wir können hoffen, daß sich dieses Problem Jerusalems völlig lösen lassen wird, obwohl die Aufhebung der Wirkung der unberechtigten Beschuldigung viel länger brauchen wird.

¹ Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Elisabeth Huber-Havemann.

Mittlerweile hat das Israelische Interfaith Committee, dem Christen, Moslems und Juden angehören, eine Erklärung abgegeben, die die Vorgänge zusammenfaßt.

Die Erklärung lautet:

Das Israelische Interfaith Committee – Juden, Moslems und Christen – möchte seinem Bedauern und seinem Schmerz – den es mit seinen moslemischen Brüdern in Israel und im Ausland teilt – öffentlich Ausdruck verleihen wegen der an einem der wertvollsten, schönsten historischen und kulturellen Baudenkmäler in Jerusalem durch den Brand verursachten Schäden und der Entweihung des Heiligtums, das für Millionen von Kindern Abrahams eines ihrer meistverehrten Heiligtümer ist.

Wir sind tief betroffen von der Atmosphäre der Verdächtigung und Feindseligkeit, die sich infolge des Feuers an der Al-Aksa-Moschee entwickelt hat, und von dem Eifer, mit dem Verleumdungen, Anklagen sowie Kollektivverurteilungen mit Vorbedacht in gewissen Kreisen – religiösen wie weltlichen – verbreitet worden sind, sogar noch bevor es möglich war, die zugrunde liegenden Tatsachen festzustellen. Wir beklagen aufs tiefste den Mißbrauch des Unglücks, das diese heilige Stätte getroffen hat, der Haß zu verbreiten und Gewalttätigkeit anzustacheln sucht.

Wir bitten alle Kinder Abrahams – Juden, Christen und Moslems – und alle, die den Frieden Jerusalems suchen, dringend um ihr Gebet: Gott möge uns etwas von seiner grenzenlosen Barmherzigkeit und Liebe gewähren und uns helfen, daß wir einander mit Verständnis, in Geduld und Hoffnung begegnen (s. u. S. 66).

Professor R. J. Zwi Werblowsky, Präsident, Sheikh Tawfik Mahamud Al-Asaliya, Kadi von Jaffa, Rabbiner Dr. Israel Goldstein, Joseph M. Raya, griechisch-katholischer Erzbischof von St. Johann von Akko, Haifa, Nazareth und ganz Galiläa.

*4 „Christian Comment“ der „Jerusalem Post“ vom 29. 8. 1969*¹

Der unglückliche Ausbruch des Brandes in der Al-Aksa-Moschee in der vergangenen Woche hat die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Jedermann hat den Brand als Unglück angesehen. Wir möchten allen Moslems unser tiefes Bedauern aussprechen über den bedeutenden Schaden und den Verlust, den diese Tragödie verursacht hat. Sogar jene, die keine direkten religiösen Beziehungen haben, waren erschüttert und tief beunruhigt durch den Schaden an einem einzigartigen religiösen, historischen und kulturellen Baudenkmal.

Der materielle Schaden war schlimm genug. Beunruhigender aber war die Bezeugung gegenseitiger Verdächtigung, das Mißtrauen und die ungezügelten Haßausbrüche, die sich gegen die Juden und gegen Israel richteten.

Auf der jüdischen Seite bestand eine unglückliche Verknüpfung dieses Geschehens mit dem Reichstagsbrand durch die Nazis 1933. Deshalb wurde weithin vermutet, daß das Feuer in der Moschee durch arabische Terroristen verursacht worden sei. Glücklicherweise wurde diesem geheimgehaltenen Verdacht keinen Glauben geschenkt; die israelische Presse und die Massenmedien haben ihm keinerlei Publizität verliehen.

Man kann nur beklagen, daß auf der anderen Seite nicht die gleiche Verschwiegenheit geherrscht hat. In Wirklich-

¹ Aus dem englischen Originaltext übersetzt von Dr. Elisabeth Huber-Havemann.

keit wurde der Eifer, mit dem die Massenmedien der Regierung einiger arabischer Länder und einige religiöse moslemische Behörden Israel direkt der Brandstiftung anklagten, von bestimmten angesehenen israelischen Moslemführern auf das schärfste verurteilt.

Eine angesehene, wenn auch einzelne christliche Stimme gab dem persönlich Ausdruck, was uns die wahre christliche Haltung dünkt, und rief Moslems, Christen und Juden gleicherweise auf, „sich des Urteils zu enthalten, bis die Tatsachen entdeckt seien, da nur die Wahrheit uns vor tragischen Fehlern bewahren könne“. Einige Juden und Christen zeigten dabei ihre Solidarität mit ihren moslemischen Brüdern und versuchten sogleich, die beschädigte Moschee zu einem stillen Gebet zu besuchen. Das war nicht möglich, aber ihre Absicht, die Tragödie in eine Gelegenheit für weiteres gegenseitiges Verständnis und Frieden umzuwandeln, kam durch den Schlußsatz des obengenannten persönlichen Aufrufes ganz deutlich zum Ausdruck: „Laßt uns erkennen, daß wir Brüder in Vater Abraham sind, und laßt uns in diesem Augenblick der Versuchung und Ängste mit Geduld, Verständnis und Hoffnung einander begegnen.“

B Buddhistischer Aufruf gegen „Djihad“¹

Die internationale buddhistische Vereinigung, die ihre Zentrale in Colombo hat und eine sehr gewichtige und einflußreiche Organisation sein soll, hat an UNO-Sekretär U Thant ein Telegramm gesandt, in dem sie ihn aufforderte, „unverzüglich Schritte zu unternehmen, um dem Schrecken eines ‚Heiligen Krieges‘ zu wehren und die Mißhandlung jüdischer Minderheiten in arabischen Ländern zu unterbinden“.

Die Vereinigung, die sich besonders auf den Brand der Al-Aksa-Moschee bezog, forderte die Anhänger des Islam auf, den Vorfall des Brandes „nicht zu politischen Zwecken zu benutzen“ und keinen „Djihad“ (Heiligen Krieg) zu entfachen, der zu einem Weltkrieg führen könne und der „der Menschheit unaussprechliche Leiden und Elend bringen würde“.

Das Telegramm wandte sich auch gegen die kürzlichen Hinrichtungen in Bagdad, unter denen zwei Juden waren.

Colombo war der Schauplatz moslemischen Aufruhrs, kurz nachdem die Nachricht vom Brand der Al-Aksa-Moschee die Hauptstadt Ceylons erreichte.

C Erklärungen von Kirchen und christlich-jüdischen Vereinigungen aus verschiedenen Ländern

1 Erklärung des Zentralkomitees des Weltkirchenrates

Entnommen aus: Newsletter: The Church and the Jewish People, No. 4/1969, Oktober 1969.

Das Zentralkomitee des Weltkirchenrates stellt auf Grund einer Situationsanalyse des Mittleren Ostens unter Berücksichtigung der Resolution von Uppsala und weiterer Ergebnisse in diesem Bereich mit tiefem Bedauern die ständige Verschlechterung der Situation und wachsende Gefahr einer Explosion fest, die den Weltfrieden beeinträchtigen könnte. Es macht sich die Grundsätze zu eigen, die das frühere Zentralkomitee des Weltkirchenrates im August 1967 in seinem Bericht über den Mittleren Osten in Heraklion dargelegt hat.

1. Es wird anerkannt, daß kein dauerhafter Friede möglich ist, ohne die legitimen Rechte der palästinensischen und jüdischen Bevölkerung zu respektieren, die gegenwärtig in diesem Gebiet lebt und ohne wirkungsvolle internationale Garantie für die politische Unabhängigkeit und die Unversehrtheit des Staatsgebietes aller in diesem Bereich lebenden Nationen, einschließlich Israel.

¹ In: Jerusalem Post, 29. 8. 1969 (aus dem Englischen übersetzt).

2. Es wird, anerkannt, daß die Großmächte besondere Verantwortung für das Zustandekommen des politischen Klimas und der äußeren Umstände tragen, die die Wiederherstellung des Friedens auf der Grundlage der Bestimmungen der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 ermöglichen.

3. Das Zentralkomitee glaubt, daß mit der Unterstützung der Regierung des Staates Israel ohne gleichzeitigen Schutz der Rechte der Palästinenser den arabischen Palästinensern durch die Großmächte Unrecht geschehen ist, welches wiedergutmacht werden sollte.

4. Das Zentralkomitee versichert erneut, daß der Weltkirchenrat weiterhin seiner Verantwortung nachkommt, allen Flüchtlingen zu helfen. Er ersucht ihn, hierbei Araber und Juden sowie auch die grundlegenden Gedanken eines rechtmäßigen freien Verkehrs zu berücksichtigen.

5. Der Plan, im September [1970] eine Konferenz über „Das Flüchtlingsprogramm des Mittleren Ostens“ nach Zypern einzuberufen, wird begrüßt; das Zentralkomitee bittet inständig darum, daß die Kirchen von neuem Verständnis für die ständig wachsende Tragödie der palästinensischen Flüchtlinge und anderer Vertriebenen sowie für die zwingende Verpflichtung gegenüber den Bedürfnissen der Flüchtlinge und ihres grundlegenden Anspruchs auf Gerechtigkeit aufbringen.

6. Das Zentralkomitee bekräftigt erneut sein Interesse daran, daß international anerkannte menschliche Grundrechte für alle Völker eingehalten werden und bittet den Generalsekretär der UN dringend, seine Bemühungen in dieser Richtung zu verstärken.

7. Es wird vorgeschlagen, exegetische Studien in der Absicht zu betreiben, den Mißbrauch der Bibel als Unterstützungsmittel politischer Einstellungen von Partisanen zu unterbinden und die Vertrauenswürdigkeit in kritischen politischen Fragen abzuklären.

8. Es wird der zuständigen Abteilung des Weltkirchenrates empfohlen, ernsthaft die Herbeiführung einer Absprache zwischen Christen, Juden und Moslems mit dem Ziel zu erwägen, die Heiligen Stätten, den Status Jerusalems und die Bevölkerung der Stadt zu schützen. E. P. S.

2 Resolution des Ausschusses „Kirche und jüdisches Volk“ zum Nahostkonflikt vom 23. 9. 1969 anläßlich einer Tagung in Racine (Wisconsin)/USA

Aus einem Bericht „Weltkirche und Judentum“ von Rev. H. D. Leuner entnehmen wir die nachstehende Entschließung¹.

Der Ausschuß „Kirche und jüdisches Volk“ besteht unter seinem jetzigen Namen oder früher üblichen Bezeichnungen seit mehreren Jahrzehnten. Er wurde vor einigen Jahren in den Weltrat der Kirchen eingegliedert. Seine Mitglieder und Berater kamen von Zeit zu Zeit in verschiedenen Teilen Europas zu Konferenzen zusammen, aber eine Konferenz in Amerika fand erstmalig dieses Jahr [1969] statt... 17 Delegierte und Konsultanten, darunter ein Beobachter von der katholischen Kirche, nahmen an der Tagung teil; sie waren aus Israel, dem Libanon, den USA, Kanada, England, Schweden, der Schweiz und der Bundesrepublik gekommen.

Gegen nur eine Stimme beschloß die Mehrheit eine Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Als Ausschuß für Kirche und jüdisches Volk haben wir die Erklärungen des Hauptausschusses des Weltkirchenrates

¹ In: Der Zeuge (XX/42). London, November 1969. S. 2 ff. Außer der Resolution entnehmen wir dem so instruktiven Bericht auszugsweise das Folgende, was die Verschiedenartigkeit der christlich-jüdischen Beziehungen in den USA und Europa beleuchtet und was die Partner der christlich-jüdischen Begegnung überall nicht vergessen sollten.

„... Die persönliche Begegnung und der freie Gedankenaustausch mit einer äußerst lebendigen jüdischen Gemeinschaft waren für manche, aber durchaus nicht für alle Teilnehmer etwas völlig Neues, und

zur Nahostkrise und ähnliche Erklärungen anderer kirchlicher Körperschaften geprüft. Wir finden, daß diese Erklärungen häufig *Probleme übersehen*, von denen wir wissen, daß sie für viele Menschen in der ganzen Welt wichtig sind. Wir halten es für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen.

1. Die vielfach vertretene Weigerung, das *Existenzrecht des Staates Israel* anzuerkennen, löst die ernst zu nehmende Besorgnis aus, der fortdauernde Konflikt sei ein Kampf darum, überhaupt *überleben* zu dürfen. Durch die Erinnerung an die hitlersche *Massenvernichtung*, deren traumatische Auswirkungen nicht ignoriert werden dürfen, wird diese Besorgnis noch weiter vertieft.

2. Es ist uns klar, daß das Existenzrecht des Staates Israel kaum richtig verstanden werden kann, wenn man vergißt, daß Juden während ihrer *ganzen Geschichte* mit dem Land „Palästina“ verbunden und zu allen Zeiten dort zu finden waren [vgl. o. S. 29].

3. Wenn es, wie wir nachdrücklich versichern, recht ist, die Not der *arabischen Flüchtlinge* ernst zu nehmen, dürfen auch die Not der jüdischen Flüchtlinge in Nahost und die verzweifelte Lage der Juden, die ihren Wohnsitz in den Nahoststaaten nicht verlassen dürfen, sowie der unter dem Konflikt leidenden jüdischen *Zivilbevölkerung Israels* nicht übersehen werden.

Wir bekennen uns *mitschuldig* an dem Mangel an Demut, mit dem die Kirchen des Westens an die Nahost-Problematik herangegangen sind. Auch wir sind ebenso gleichgültig gegenüber der Situation von Juden und Arabern gewesen wie die Staaten der westlichen Welt. Wir betonen, daß es für beide Seiten des Konflikts gut wäre, wenn sie nicht länger auf *Vorbedingungen* und anderen, *keiner* Verhandlung unterliegenden Punkten bestünden, durch die der Weg zum Frieden erschwert wird.

wenigstens einige der dabei gewonnenen Erkenntnisse verdienen, erwähnt zu werden. So entdeckten Christen, daß amerikanische Juden ein starkes Interesse dafür zeigen, was Christen nicht nur von der jüdischen Situation, sondern von den verschiedensten Problemen unserer Zeit denken. Es stellte sich heraus, daß in *Amerika* Juden und Christen hauptsächlich in der *Sozialarbeit* und Fürsorge zusammenwirken, während in *Europa* die *theologische* Zusammenarbeit im Vordergrund steht. Im Gegensatz zur europäischen Situation zeigte sich ferner, daß amerikanische Juden ohne irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe und ohne die geringste Befangenheit an alle Probleme herangehen, weil ihnen die Belastung seitens einer bösen Vergangenheit fehlt.

Die in vielen Teilen der Welt zu beobachtende *Gleichgültigkeit* kirchlicher Stellen gegenüber dem Staat *Israel* hat amerikanische Juden tief enttäuscht, denn sie erinnern sich an ein *ähnliches Versagen* der Christenheit gegenüber dem Nationalsozialismus. Überhaupt löst die Sorge um das Schicksal Israels immer wieder *Erinnerungen an den Massenmord* in Europa aus. Aber amerikanische Juden fühlen sich ebenso beteiligt an der Gefährdung der Judenheit in anderen Teilen der Welt, wie etwa in Rußland und Argentinien . . .

Unter den verschiedenen Resolutionen wird besonders auf die Verantwortung der Kirchen hingewiesen, die *Darstellung* von Juden und Judentum in *Religionsunterricht*, Liturgie und *Predigt* von Verzerrungen und Verleumdungen freizuhalten und den Massenmedien größere Beachtung zu widmen; in diesem Zusammenhange wurde auch *Oberammergau* kritisiert.* Eine weitere Aufgabe stellt sich in der neuen Interpretation der prophetischen *Verheißungen* in ihrer Beziehung zum Staat Israel und dem Nahostkonflikt. Der Ausschuß sieht ein wesentliches Ziel seiner Arbeit in der Schaffung eines besseren Verständnisses von Juden und Judentum innerhalb der Kirche, in dem Zusammenwirken mit jüdischen Stellen bei der Verhütung und Beseitigung aller Arten rassistischer und religiöser Diskriminierung und bei der unentwegten *Bemühung um soziale Gerechtigkeit*. Die Kirchen sollen auf die Bedeutung der Fortdauer des jüdischen Volkes, des Zustandekommens des Staates Israel und die in beiden Phänomenen zum Ausdruck kommende religiöse Seite hingewiesen werden.

Bei den *Beratungen* in Racine spielte die christlich-jüdische Begegnung im Staate *Israel* eine besondere Rolle. Das Gespräch zwischen den

3 Erklärung kanadischer Kirchenführer, September 1969¹

Die Unterzeichneten bringen der islamischen Gemeinschaft wegen des entstandenen schweren Schadens an der Al-Aksa-Moschee ihre tiefe Anteilnahme zum Ausdruck. Ein so altes Kunstwerk und eine den Bekennern des Islam so heilige Moschee sollte allen, die an Gott glauben, heilig sein.

Gleichzeitig bedauern wir – so heilig die Al-Aksa-Moschee auch immer ist –, daß, wie berichtet wird, der ihr zugefügte Schaden einen Heiligen Krieg zur Folge haben solle, in dem gleicherweise arabisches wie jüdisches Blut vergossen werden würde. In unserem Zeitalter muß das Gewissen jeden Anruf zu einem Heiligen Krieg beklagen, der unvermeidlich nicht nur zur Zerstörung von weiteren heiligen Gebäuden, sondern auch zur Vernichtung von Vätern, Müttern und Kindern führen würde. Keiner kann daraus Gewinn ziehen, und es würde zu vermehrter Bitterkeit und Ungerechtigkeit führen.

Zu lange schon ist Religion als Vorwand für Blutvergießen benutzt worden. Nun müssen die standhaften Anhänger des Islam, des Judentums und des Christentums wahrlich ihren Einfluß einsetzen, auch wenn ein solches Zeugnis mit Risiken verbunden sein mag, damit Frieden und ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit für alle im Mittleren Osten herbeigeführt werde.

Rev. Dr. R. F. Bullen, Generalsekretär der Baptistischen Vereinigung von Kanada, The Rt. Rev. E. H. Johnson, Moderator der 95. Generalversammlung der Presbyterianischen Kirche in Kanada, The Rt. Rev. Dr. E. E. Long, Sekretär der Generalversammlung der Vereinigten Kirche von Kanada, The Most Rev. P. E. Pocock, Erzbischof der röm.-kath. Erzdiözese von Toronto, The Rt. Rev. H. Henry Wilkinson, Alt-Bischof der anglikanischen Diözese von Toronto.

¹ Entnommen aus dem „Quarterly Newsletter from the World Council of Churches Committee on the Church and the Jewish People“ (4/1969), Genf, Oktober 1969, p. 8, und aus dem englischen Originaltext übersetzt.

4 Die Erklärung der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz vom 3. 9. 1969¹

Wir sind der Meinung, im Namen eines großen Teiles des Schweizer Volkes zu sprechen, wenn wir heute an-

beiden Glaubensweisen hat trotz der Belastung durch eine 2000 Jahre lange Geschichte hoffnungsvoll begonnen. Die vordringlichste Aufgabe besteht in der Beseitigung der *falschen* Auffassung, daß Judentum nichts anderes sei als Vorbereitung auf das Christentum, also seit Jesus nicht viel mehr als ein Museumsobjekt. Allzu lange haben Christen versucht, den Juden zu sagen, wie sie ihre *eigene* Bibel zu lesen und zu verstehen hätten. Der Anfang einer Neuorientierung setzte vor sechs Jahren ein, als das anglikanische Erzbistum Jerusalem gelegentliche Kurse für führende christliche Persönlichkeiten einrichtete. Von kleinen Anfängen ist die Teilnehmerzahl dieser Lehrgänge inzwischen auf 60 angewachsen und schließt auch Katholiken und Pfingstler ein. Beide Seiten sind zu der Erkenntnis gelangt, daß ihnen oft die notwendigen *Kenntnisse* fehlen, ohne welche ein gegenseitiges Verständnis unmöglich ist. Die Partner haben gelernt, einander so zu sehen, wie sie *wirklich* sind, also nicht länger mehr so, wie man sich einander *vorgestellt* hatte. Dabei kommt die Identität der Christen nicht zu kurz, obwohl keine Seite auch nur entfernt auf den Gedanken käme, der Dialog sei nichts anderes als eine moderne Missionsmethode; beide wissen, daß es um eine echte religiöse Begegnung geht.

Die „Rainbowgroup“ [in Jerusalem] (Gruppe Regenbogen) umfaßt heute je zehn christliche und jüdische Theologen, ihre Zusammenkünfte tragen den Charakter eines theologischen *Seminars* und sollen in Zukunft auch Moslems einbeziehen [s. u. S. 71 f.]. [Vgl. „Christian Comment“ der „Jerusalem Post“, vgl. o. S. 66.]

* s. u. S. 79.

¹ In: Maccabi (28/37). Basel, 18. 9. 1969.

gesichts der eklatanten Verdrehung von Recht und Gerechtigkeit unsere Stimme erheben:

1. Allein im Laufe des Monats Juli 1969 wurden vom libanesischen Territorium aus 22 Angriffe auf israelisches Gebiet verübt. Acht Menschen sind verletzt worden. Als Israel sich gegen diese Bedrohung des Lebens seiner Bürger und die ständige Verletzung des Waffenstillstandsabkommens zur Wehr setzte, hat der Sicherheitsrat den Staat Israel verurteilt. Angesichts eines derartigen Opportunismus der Großmächte bedeutet eine Garantie von Israels Grenzen leider gar nichts! Welcher Staat der Welt könnte es dulden, daß von anderen Staaten aus tagtäglich Bomben und Granaten auf sein Land geworfen werden? Der Staat Israel ist verpflichtet, seine Bürger zu schützen und Gewaltakte von ihnen abzuwenden.

2. Ein fehlgeleiteter Einzelgänger, Anhänger einer christlichen Freikirche, hat Feuer in die unter islamischer Aufsicht stehende Al-Aksa-Moschee gelegt. Sein volles Geständnis ist erfolgt². Die offizielle Propaganda der arabischen Staaten verkündet jedoch wider besseres Wissen, Israel hätte in vorbedachter Handlung sich dieses ruchlosen Frevels schuldig gemacht. Eine derartige bewußte Wahrheitsverfälschung erscheint uns widerwärtig. Wahr hingegen ist, daß in Jerusalem unter jordanischer Herrschaft in den Jahren 1948 bis 1967 bis auf eines alle jüdischen Gebetshäuser mutwillig zerstört wurden, an der historischen Westmauer, heilige Stätte der Judenheit, errichteten die Jordanier Latrinen und Rastplätze für Esel. Ein jüdischer Friedhof wurde geschändet, seine Grabsteine zum Straßenbau verwendet. Zu wiederholten Malen haben gerade in letzter Zeit arabische Terroristen den Frieden der für Juden, Christen und Muslims bedeutsamen Stadt Jerusalem durch Bombenattentate gestört. In Kinos, Supermärkten, der Universität wurden Bomben gelegt und Menschen getötet. Nahe der Westmauer brachten die arabischen Terroristen am 20. Juni 1969 drei Sprengladungen in der Absicht zur Explosion, die auf dem Weg zum Sabbat-Gottesdienst befindlichen Menschen zu ermorden. Am 26. August 1969 schließlich haben arabische Terroristen versucht, mit 16 Raketen israelische Zivilisten in Jerusalem zu töten.

3. Arabische Unmenschlichkeit und die Hilflosigkeit der UNO dokumentiert sich nach allen vorliegenden Berichten in tragischster Weise angesichts des Schicksals der Juden im Irak. Jüdische Menschen werden ermordet, andere in irakischen Gefängnissen gequält und als Geisel verwendet. Das Schicksal der irakischen Juden darf für die Welt kein politisches Problem sein: Es handelt sich allein um eine humanitäre Angelegenheit, zugleich um die Frage nach unserer eigenen Humanität: Wir fordern daher, daß es den wenigen tausend Juden des Iraks erlaubt sein muß, das Land zu verlassen. Warum schweigt hier die UNO³,

wo sie die Pflicht hätte, vom Irak die Freigabe dieser Menschen zu verlangen? Wenn von ruchlosem Frevel gesprochen werden darf, so hier angesichts der barbarischen Methoden, mit denen der Irak seine jüdischen Bürger mißhandelt. Wir appellieren an die Weltöffentlichkeit und weisen auf dieses zum Himmel schreiende Unrecht hin, das unschuldigen Menschen durch die irakischen Gewaltherrscher zugefügt wird.

Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz
Basel, 3. September 1969

Prof. Dr. H. van Oyen, Präsident, Pfarrer H. Böhm, Zürich, Dr. E. L. Ehrlich, Basel, Prof. Dr. V. Hasler, Solothurn/Bern, Pfarrer H. O. Kühner, Basel, Prof. Dr. J. J. Stamm, Bern.

5 Erklärung des Schweizer Komitees für Menschenrechte, Bern, August 1969⁴

Vor kurzer Zeit besuchten zwei Vertreter dieses Komitees die heiligen Stätten in Ost-Jerusalem, besonders die Omar- und die Al-Aksa-Moschee. Sie haben sich persönlich davon überzeugt, daß die israelischen Behörden den Angehörigen aller Religionen einen gesicherten und freien Zugang zu den heiligen Stätten gewähren.

Die Aussagen von Pilgern bezeugen, daß die heiligen Stätten in gewissem Ausmaß heute sogar in einem besseren Zustand sind als unter jordanischer Verwaltung.

Im Gespräch mit israelischen Bürgern und Regierungsvertretern trat klar zutage, daß es keine Kundgebungen religiöser Feindseligkeit gegeben hat. Es kann absolut keinen Grund für das Gerücht geben, daß ein Plan oder eine Idee bestünde, die heiligen Stätten anderer Religionen zu zerstören. Das stände im Gegensatz zu israelischen Interessen.

Die arabische Anklage entbehrt jeder Grundlage. Sie wurde ausgesprochen, bevor die Ursache des Feuers untersucht worden war. Diese Anklagen sind ein tatsächlicher Beweis, daß die arabischen Führer ihre Völker systematisch in eine Haßkampagne gegen Israel hineintreiben und nicht zögern, die religiösen Gefühle für ihre politischen Ziele auszubeuten. Diese Art von Ausbeutung steht im Gegensatz zum Geist der Religion selbst und den Prinzipien der Menschenrechte. Der wahre Geist der Religion würde sich niemals falscher Zeugenaussagen bedienen, um das – in Übereinstimmung mit der Erklärung der Menschenrechte stehende – Verständnis zwischen Völkern zu untergraben. Das Schweizer Komitee für Menschenrechte ruft alle Gläubigen im Heiligen Land auf, Feindseligkeiten und Haß ein Ende zu setzen und nach Frieden, Bruderschaft und gegenseitigem Verständnis zu streben, die die Wurzel religiösen Glaubens sind.

³ S. o. S. 22 Anm. 2. Vgl. Forderungen des Jüdischen Weltkongresses an die UNO.

⁴ Entnommen aus chozam 604, hasbara.

² s. o. S. 60 Anm. 3.

Wohnstätte des Friedens für Juden – Christen und Moslems in Israel – Eine Initiative¹

„Neve Shalom“ soll gemäß Is 32, 18² ein Kibbuz genannt werden, der in der Nähe von Jerusalem errichtet wird. Es handelt sich dabei um eine neuartige Gründung: Juden, Christen und Moslems wollen bei Wahrung des eigenen religiösen Charakters zusammenleben. Auch soll ein Begegnungszentrum für Tagungen aller Art im brüderlichen Sinn hier entstehen. In Israel hat P. Bruno Hussar OP (Haus Isaia) die Initiative übernommen.

¹ Aus: Jedioth Chadashot, 12. 12. 1969.

² Siedeln wird mein Volk
auf einer Aue des Friedens,
in sicheren Wohnungen,
in sorglosen Ruhestätten. Verdeutschte von M. Buber/F. Rosenzweig